

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
(19. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dietmar Friedhoff, Stefan Keuter, Dr. Malte Kaufmann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 20/6724 –**

Waldschutz im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit

A. Problem

Die Antragsteller verweisen darauf, dass der Zustand der Wälder weltweit besorgniserregend sei; der jährliche globale Waldverlust liege bei 10 Millionen Hektar, ein Drittel hiervon sei Primärwald. Die zunehmende Entwaldung habe erhebliche Auswirkungen auf Mensch und Tier. Der Lebensunterhalt und das Einkommen von etwa 250 Millionen Menschen würden von diesen Ökosystemen abhängen. Die Zerstörung und Schädigung von Primärwäldern führe zu einem unwiederbringlichen Verlust der Artenvielfalt und Biodiversität. Die Ursachen für die Entwaldung seien nach Auffassung der Antragsteller vielfältig und reichten von illegalem Holzeinschlag über den zunehmenden Anbau von Biomasse für die Herstellung von Biokraftstoff bis hin zu einer wachsenden Bevölkerung. Entwaldung hänge in Entwicklungsländern, insbesondere in ländlichen Gebieten, in mehrfacher Hinsicht mit Armut zusammen: deshalb dürften beide Aspekte nicht isoliert betrachtet werden. Der Waldverlust schreite trotz zahlreicher globaler Waldschutzprojekte der Bundesregierung voran; diese würden nicht funktionieren.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 20/6724 abzulehnen.

Berlin, den 5. Juli 2023

Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Dr. Christoph Hoffmann
Amt. Vorsitzender und
Berichtersteller

Dr. Karamba Diaby
Berichtersteller

Dr. Wolfgang Stefinger
Berichtersteller

Deborah Düring
Berichterstellerin

Dietmar Friedhoff
Berichtersteller

Bericht der Abgeordneten Dr. Karamba Diaby, Dr. Wolfgang Stefinger, Deborah Düring, Dr. Christoph Hoffmann und Dietmar Friedhoff

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 20/6724** in seiner 103. Sitzung am 11. Mai 2023 beraten und an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur federführenden Beratung und an den Auswärtigen Ausschuss, den Haushaltsausschuss, den Wirtschaftsausschuss, den Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz und den Ausschuss für Klimaschutz und Energie zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Bundesregierung wird von den Antragstellern aufgefordert, vom Narrativ einer deutschen Verantwortung für einen „menschenverursachenden“ Klimawandel und für daraus abgeleitete Umweltschäden abzugehen.

Die Antragsteller fordern weiter, die Partnerländer der deutschen Entwicklungszusammenarbeit (EZ) auf ihre politische Verantwortung für die zunehmende Entwaldung in ihren Ländern und die daraus resultierenden negativen Auswirkungen auf Menschen und Umwelt hinzuweisen.

Die Antragsteller fordern die Bundesregierung auf, zu vermeiden, dass der Schutz der Wälder und der Biodiversität in Entwicklungsländern durch Maßnahmen des sogenannten Klimaschutzes konterkariert würden.

Die Bundesregierung wird schließlich aufgefordert, eine widerstandsfähige und nachhaltige Forstwirtschaft in den Partnerländern der deutschen EZ mit Unterstützung deutscher Forstunternehmen, deutschen Wissens und deutscher Technologie aufzubauen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 20/6724 in seiner 43. Sitzung am 5. Juli 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags.

Der **Haushaltsausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 20/6724 in seiner 54. Sitzung am 5. Juli 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags.

Der **Wirtschaftsausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 20/6724 in seiner 51. Sitzung am 5. Juli 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft** hat die Vorlage auf Drucksache 20/6724 in seiner 41. Sitzung am 5. Juli 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz** hat die Vorlage auf Drucksache 20/6724 in seiner 46. Sitzung am 5. Juli 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für Klimaschutz und Energie** hat die Vorlage auf Drucksache 20/6724 in seiner 74. Sitzung am 5. Juli 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat die Vorlage auf Drucksache 20/6724 in seiner 39. Sitzung am 5. Juli 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags.

Die **Fraktion der AfD** eröffnet, dass man einen funktionierenden Waldschutz wolle. Wenn man sich die Initiative Green Wall ansehe, sei dort viel Geld in Bäume investiert worden; diese finde man allerdings nicht auf dem afrikanischen Kontinent, weil die Projekte alle gescheitert seien. Der Waldverlust in Mosambik betrage 80 %, in Äthiopien 60 % Waldverlust. Die Hungerkatastrophen, Thema Ernährungssicherheit, würden immer mit Entwaldung einhergehen. Wer also über Klimawandel spreche und dabei den Wald aus den Augen verliere, entwurze damit im wahrsten Sinne des Wortes zugleich den afrikanischen Kontinent. Deswegen wolle die Fraktion der AfD eine zukunftstragende und wirkungsvolle Waldschutzpolitik für Afrika. Wenn zu viele Menschen auf zu wenig Raum treffen würden, dann werde die Entwaldung forciert. Die Folge sei eine nicht funktionierende Landwirtschaft, da die Böden abtrockneten, das Mikroklima sich verändere und der Regen sich verschiebe; das sei alles hausgemacht auf dem afrikanischen Kontinent. Probleme mit Bäumen und Waldschutz seien kein Klimaschutzproblem, sondern ein Umweltproblem. Menschen in Afrika würden die Bäume vor Ort selbst vernichten, und deswegen müssten die Partnerländer auch selbst Verantwortung beim Waldschutz übernehmen.

Die **Fraktion der SPD** entgegnet, dass sie den vorliegenden Antrag ablehne. Im Forderungsteil werde die Bundesregierung aufgefordert, vom Narrativ Abstand zu nehmen, dass auch Deutschland Verantwortung trage für bestimmte Dinge, die in der Welt passierten. Die Fraktion der AfD vertrete fälschlicherweise die Auffassung, dass die Länder ausschließlich selbst schuld an ihrer Situation seien, und dementsprechend sollten sie sich um Lösungen kümmern. Die Verantwortung könne nicht nur auf die Partnerländer beschränkt bleiben, denn es gebe allgemein bekannte Zusammenhänge zwischen der Nachfrage nach Fleischprodukten und Rohstoffen einerseits und der sich daraus ergebenden Entwaldung in den Partnerländern andererseits. Die Beschreibung, dass Wälder verschwinden und Lebensgrundlagen dadurch zerstört würden, sei passend, aber die Schlussfolgerungen seien falsch dargestellt. Dazu passe, dass in dem Antrag einmal mehr der Menschengemachte Klimawandel geleugnet werde. Die deutsche EZ leiste bereits einen wesentlichen Beitrag zum Schutz des Waldes, und dabei handle es sich keineswegs um fragmentierte Gelder oder klimabasierte Ideologieprojekte. Diese Argumentation werde von der Fraktion der AfD immer wieder gebracht, aber dadurch werde sie keineswegs zur Realität oder Wahrheit.

Die **Fraktion der CDU/CSU** verweist darauf, dass es die Begrifflichkeiten „Menschengemachter Klimawandel“ und „anthropogene Einflüsse auf den Klimawandel“ gebe, aber einen „Menschenverursachenden Klimawandel“, wie er in dem Antrag aufgeführt werde, gebe es nicht. Abgesehen davon, seien die Forderungen hinfällig. Im Zusammenhang mit dem Waldschutz sei es interessant, dass auf der Homepage der Fraktion der AfD zu lesen sei, dass Schnitzel auf keinen Fall teurer werden dürfe. Dafür müssten jedoch Futtermittel und Fleisch, beispielsweise aus Südamerika, weiterhin günstig importiert werden, und auch deshalb würden Wälder abgeholzt werden. Diese erkennbaren Widersprüche würden nicht aufgelöst. Die Fraktion der CDU/CSU lehne den Antrag ab.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** hebt hervor, dass der Antrag mit seiner Polemik und neuen Wortfindungen ein Rätsel bleibe, da es keine Lösungen gebe. Man könne vermuten, dass das Thema die Fraktion der AfD nicht interessiere. Die vorherigen Beiträge der Fraktionen der SPD und der CDU/CSU hätten alles gut zusammengefasst. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werde diesen Antrag ebenfalls ablehnen.

Die **Fraktion der FDP** macht deutlich, dass man diesen Antrag ablehne, der sich schon sprachlich disqualifiziere. Der menschengemachte Klimawandel sei eine immense Bedrohung für alle Wälder, nicht nur in Afrika sondern weltweit. Wenn man sich die Waldbrände in Kalifornien oder in Kanada anschau, dann hänge das damit zusammen, dass es ein bis zwei Grad wärmer geworden sei und sich das ökologische Gleichgewicht verschiebe. Hinzu komme die Waldvernichtung im großen Stil, die im Globalen Süden oft auf Armut beruhe. Mangelnde Alternativen bei Energiequellen führten dazu, dass weitgehend Holzkohle genutzt werde. In der Demokratischen Republik Kongo werde deshalb der Wald weiterhin abgeholzt. Deutschland mache schon einiges, wie die Installation regenerativer Energien. Die Forderungen würden von der Bundesregierung also längst umgesetzt, und somit mache

der Antrag der Fraktion der AfD wenig Sinn und sei überflüssig. Man müsse gemeinsam noch mehr Anstrengungen im Hinblick auf Aufforstungen und Restituierungen bisheriger Wäldern unternehmen, denn das würde dem Klima sehr gut tun.

Berlin, den 5. Juli 2023

Dr. Karamba Diaby
Berichtersteller

Dr. Wolfgang Stefinger
Berichtersteller

Deborah Düring
Berichterstellerin

Dr. Christoph Hoffmann
Berichtersteller

Dietmar Friedhoff
Berichtersteller

